

Geld & Geist Tobias Straumann



Wer von Deutschland immer noch Reparationen fordert, hat recht, liegt aber trotzdem falsch

Europa erlebt mit Schauern die Rückkehr von alten Gespenstern, die schon längst für tot erklärt worden sind. Russland überfällt die Ukraine, die Türkei droht Griechenland mit Krieg, und in Deutschland träumen viele von der alten Rolle als Mittelmacht zwischen Ost und West, als sei das Land nicht schon längst Mitglied der EU und der Nato. Das frühe 21. Jahrhundert erinnert an die geopolitischen Verhältnisse vor dem Ersten Weltkrieg, und diese Verhältnisse waren höchst instabil.

Nun hat die polnische Regierung ein weiteres Gespenst der Vergangenheit hervorgeholt. Anfang September gab sie bekannt, dass sie von Deutschland 1300 Mrd. € für die Begleichung der Schäden des Zweiten Weltkriegs verlange. Das ist eine ungeheure Summe. Sie entspricht ungefähr dem Dreifachen des deutschen Bundeshaushalts beziehungsweise mehr als einem Drittel des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Ganz unabhängig davon, ob die Forderung berechtigt ist, erscheint sie als völlig unreal. Deutschland wird diese Summe nie bezahlen. Und weil sie von der rechtskonservativen Regierungspartei PiS («Recht und Gerechtigkeit») stammt, ist sie von der europäischen Presse kaum ernst genommen worden.

Dennoch fällt es schwer, die Forderung einfach abzuhaken und zum Alltag zurückzukehren. Mit gutem Recht weist nämlich die polnische Regierung darauf hin, dass Deutschland nie ausreichende Reparationen für die Schäden und das begangene Unrecht bezahlt hat. Klar ist auch, dass die Summe hoch wäre. Und schliesslich ist die rechtskonservative PiS keineswegs die erste euro-

päische Partei, die das Thema Reparationen aufgebracht hat. Auch die griechische Regierung unter dem linken Premierminister Alexis Tsipras erhob vor drei Jahren ähnliche Forderungen. Es greift zu kurz, den Vorstoss der polnischen Regierung als rein parteipolitisches Manöver abzutun.

Was ausreichende Reparationszahlungen verhindert hat, ist das Londoner Schuldenabkommen von 1953. Kaum jemand kennt es, aber es war neben dem Marshall-Plan, der Gründung der Nato und der Schaffung der Montanunion ganz entscheidend für den Erfolg des westeuropäischen Wiederaufbaus nach 1945. Zwei Dinge wurden in London festgelegt: eine Halbierung der deutschen Auslandsschulden und die Verschiebung der Reparationsforderungen in die Zukunft. Die Botschaft der Alliierten an die geschädigten Länder lautete: Habt Geduld! Die polnische Regierung liegt also auch völkerrechtlich nicht völlig falsch.

Als Deutschland 1990 wiedervereinigt wurde, glaubten viele, dass nun der Moment für eine abschliessende Reparationsregelung gekommen sei. Sie wurden enttäuscht. Die Alliierten, allen voran die USA, glaubten, dass die alten Wunden nicht mehr aufgerissen werden sollten, weil sonst der Wiedervereinigungsprozess gefährdet würde. Nicht weniger als 50 Staaten hätten Ansprüche angemeldet. Eine Regelung hätte eine riesige Konferenz erfordert, an der man sich wohl jahrelang über angemessene Entschädigungen gestritten hätte. Möglicherweise wäre nie eine Einigung zustande gekommen. Realpolitik ging vor Wiedergutmachung.

Hätten die Siegermächte 1990 mehr Geduld aufbringen sollen? War es falsch,



Als Deutschland 1990 wiedervereinigt wurde, glaubten viele, dass nun der Moment für eine abschliessende Reparationsregelung gekommen sei. Sie wurden enttäuscht.

die Reparationen Griechenlands, Polens und vieler anderer Länder zu ignorieren?

Nein, es war richtig, so schwierig es auch sein mag, eine moralisch und rechtlich einwandfreie Begründung zu finden. Es geht um historische Erfahrungen. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Siegermächte der Weimarer Republik hohe Reparationen aufgebremmt, aber genau das Gegenteil erreicht: Deutschland leistete kaum Zahlungen und verabschiedete sich 1933 von der internationalen Friedensordnung. Es war deshalb höchst weise, die Bundesrepublik Deutschland an der Londoner Schuldenkonferenz von 1953 zu entlasten. Drei Ziele wurden damit erreicht: Die westeuropäische Wirtschaft erhielt einen weiteren Schub, was allen zugutekam, die Bundesrepublik unterstützte die Annäherung an Frankreich, und die Gläubiger erhielten am Schluss mehr Reparationen als nach dem Ersten Weltkrieg.

Wenn nun die ganze finanzielle Nachkriegsordnung von der griechischen und der polnischen Regierung wieder infrage gestellt wird, droht vieles ins Rutschen zu geraten. Es ist zwar richtig, Deutschland immer wieder an die Grosszügigkeit der Alliierten und berechtigten Forderungen der geschädigten Länder zu erinnern. Aber es sollte nie vergessen werden, dass eine Aussöhnung unter den europäischen Ländern nach 1945 nur gelingen konnte, weil das ganze Elend und Grauen des Zweiten Weltkriegs nicht mehr politisch bewirtschaftet wurde. Das war eine enorme Leistung, von der wir bis heute alle profitieren.

Tobias Straumann ist Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Zürich.

Personen und Unternehmen

Credit Suisse. Die Grossbank ventiliert die Abspaltung von Teilen ihres Investment Banking. Bei einem Townhall-Meeting sei darüber diskutiert worden, die ranghöchsten Investmentbanker mit Aktien an der Sparte zu beteiligen, wie die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtet. Das könnte die Vorbereitung für ein Spin-off des Geschäfts sein. Die CS äusserte sich nicht zum Vorschlag. (gui.)

Swisscom. Der Telekomanbieter könnte bei einem Strommangel den Betrieb während 72 Stunden aufrechterhalten. Wie Swisscom-Chef Christoph Aeschlimann der Zeitung «Le Temps» erklärte, stehen dafür Dieselgeneratoren zur Verfügung. Die Rechenzentren könnten vorübergehenden Stromausfällen standhalten. Bei den 6000 Mobilfunkantennen reichen die Notbatterien hingegen nur für ein paar Stunden. Generatoren könnten nicht installiert werden, weil die Swisscom die Standorte nicht besitzt. (sal.)

Christoph Mäder. Der Präsident des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse hält nichts von der Forderung, Grossverbraucher, die derzeit unter den hohen Strompreisen leiden, wieder in die Grundversorgung aufzunehmen. Dadurch würden «die Kosten einfach auf die grundversorgten Verbraucher abgewälzt», so Mäder in einem Interview mit der «Neuen Zürcher Zeitung». (gui.)



SIMON TANNER / NZZ

Energie ist knapp. Verschwenden wir sie nicht.

In der gegenwärtigen Situation können wir alle etwas tun, um den Energieverbrauch deutlich zu reduzieren. Im Alltag und mit ganz einfachen Massnahmen, etwa beim Gebrauch von Elektrogeräten.

Kaffeemaschine ausschalten:

Geräte im Stand-by-Modus verbrauchen viel Strom. Schalten Sie die Maschine nach Gebrauch ganz aus.

Backofen nicht vorheizen:

Verzichten Sie auf das Vorheizen, sparen Sie rund 20% Energie.

Maschine ganz füllen:

Halb gefüllte Geschirrspüler, Waschmaschinen oder Tumbler verbrauchen genauso viel Strom wie volle. Starten Sie Ihr Gerät erst, wenn es voll ist, aber überladen Sie es nicht. Nutzen Sie den Sparmodus.

Nicht zu kühl einstellen:

Oft ist die Temperatur von Kühl-/Gefriergeräten zu tief. Stellen Sie Ihren Kühlschrank auf 7°C und Ihr Gefriergerät auf -18°C ein.

